

Claudia Roth ist für ihr Papier zur Erinnerungskultur heftig kritisiert worden: Es leiste womöglich einer Relativierung des Holocaust Vorschub. In diesem Interview reagiert sie erstmals auf die Vorwürfe

»Die schroffe, fast schrille Reaktion hat mich dann doch erstaunt«

DIE ZEIT: Frau Roth, Ihnen wird vorgeworfen, Sie würden mit Ihrem Vorstoß zur Erinnerungskultur den Holocaust relativieren. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Claudia Roth: Dieser Vorwurf ist nun wirklich absurd! Es geht mir doch gerade darum, der Entsorgung von Geschichte etwas entgegenzusetzen. Wenn ich an Maximilian Krahs Äußerungen über die SS, den »Vogelschiss« von Alexander Gauland oder den Geschichtsrevisionismus eines Putin denke: Das sind Fälle, die uns alarmieren müssen. **ZEIT:** Die Leiter der deutschen Holocaust-Gedenkstätten haben in einem Brandbrief geschrieben, Ihr Ministerium wolle die deutsche Erinnerungskultur umbauen. Und das Rahmenpapier dafür könne als »geschichtsrevisionistisch im Sinne der Verharmlosung der NS-Verbrechen« verstanden werden.

Roth: Das Gegenteil ist der Fall: Es geht um eine Erinnerungspolitik, die unsere Demokratie stärkt. Darüber sollten wir sprechen.

ZEIT: Streit hat es jedenfalls genug gegeben.

Roth: Es hat eine Debatte gegeben, ja – bei der es aber auch einiges an Unterstützung für meinen Vorstoß gibt. Erinnerung ist doch auch eine Form von Selbstvergewisserung, darüber, wer wir sind und in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Die schroffe, fast schrille Reaktion hat mich dann doch erstaunt.

ZEIT: Wie erklären Sie sich die heftige Kritik?

Roth: Vielleicht befürchten manche, dass ich den Gedenkstätten etwas wegnehmen will. Dabei geht es ums Gegenteil, um eine Erweiterung des Blicks: auf die Demokratiegeschichte, die Kolonialgeschichte, die Migrationsgeschichte. Dass die Auseinandersetzung mit der Schoah das Zentrum unserer Erinnerungskultur bildet, bleibt davon völlig unberührt. Und das ist für mich nicht irgendeine Floskel: Ich bin damit aufgewachsen, dass es so etwas wie eine »Gnade der späten Geburt« nicht gibt. Und dass daraus eine ganz besondere Verantwortung entspringt. Das ist Kern meiner politischen DNA. Dasselbe gilt für die Gedenkorte des SED-Unrechts. Ich komme aus einer süddeutschen Familie, wir hatten keine Beziehungen zur DDR. Trotzdem geht mich die DDR-Geschichte etwas an. Wir brauchen mehr Erinnerung, um nicht ein wiedervereinigtes Land zu sein mit einer geteilten Geschichte. Was in der Frauenhaftanstalt Hohenock, im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau oder mit den politischen Häftlingen in Cortbus oder Chemnitz passiert ist, sollte man auch in Freiburg oder Reutlingen wissen.

ZEIT: Das Konzept will die Erinnerungskultur künftig auf »fünf Säulen« stellen, statt auf zwei. Da kann schon der Eindruck entstehen, dass die NS-Verbrechen und die SED-Diktatur an Bedeutung verlieren könnten.

Roth: Nein, da geht es doch nicht um fünf jetzt gleichrangige Säulen. Unsere Gedenkstätten stehen

auf zwei zentralen Säulen: NS-Terrorherrschaft und SED-Unrecht. Das steht auch so im Gedenkstättenkonzept. Etwas anderes ist doch die Frage: Was zählt zur Erinnerungskultur unseres Landes? Das eine zu tun, das Gedenkstättenkonzept zu aktualisieren, heißt doch nicht, das andere zu lassen, die Diskussion um unsere Erinnerungskultur. Da stellen sich auch für die Gedenkstätten ganz neue Fragen, wie die Vermittlung im digitalen Zeitalter oder der Umgang damit, dass es immer weniger Zeitzeuginnen und -zeugen gibt.

ZEIT: Die bestehende Konzeption ist von 2008 ...

Roth: Ja, und das verstehe ich ehrlich gesagt auch nicht, wie das sein kann, dass in dieser Hinsicht 16 Jahre lang nichts passiert ist – in einer Zeit, in der sich antidemokratische Gruppen gebildet haben, die die NS-Geschichte relativieren wollen. Da gehen wir jetzt ran, und das wollen wir mit den Leiterinnen und Leitern der Gedenkstätten tun, die ich dafür für den 6. Juni zu einem Runden Tisch eingeladen habe.

ZEIT: Warum haben Sie dann im Februar keinen Entwurf für ein neues Gedenkstättenkonzept vorgelegt? Warum ein weit gefasstes Papier, das zu lauter Missverständnissen einlädt?

Roth: In einer Zeit, in der Demokratiefreunde definieren wollen, wer zur deutschen Gesellschaft gehört, müssen wir offen diskutieren, was Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft heißt. Dazu sind wir mit vielen im Gespräch. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und das Menschheitsverbrechen der Schoah sowie die besondere Verantwortung, die damit verbunden ist, sollte für alle Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, von Bedeutung sein und verinnerlicht werden. Umgekehrt gilt doch aber auch, die Geschichten von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die womöglich vor Kriegen geflohen sind, und ihre Einwanderer-Erfahrungen zum Teil unserer Erinnerung zu machen. Oder denken Sie an die Anschläge des NSU, an Hanau oder an Halle. Wenn ich dann von manchen Kritikern lese, das seien nur private Familiengeschichten, die nicht in ein kollektives Gedächtnis gehören, halte ich das für falsch.

ZEIT: Der Einwand lautet: Staatliche Verbrechen seien etwas vollkommen anderes als nichtstaatliche Gewalt. Das müsse man auseinanderhalten.

Roth: Aber es gibt auch eine Verantwortung für staatliches Versagen. Für das, was 1972 beim Olympia-Attentat passiert ist, für die Morde des

NSU. Daran zu erinnern, relativiert doch nicht den Holocaust oder das SED-Unrecht.

ZEIT: Das Konzept wirkt so, als wollten Sie eine geschichtspolitische Agenda entwerfen. Als sollte der Staat künftig bestimmen, woran erinnert wird.

Roth: Es ist genau umgekehrt: Das Konzept greift vieles auf, was von zivilgesellschaftlichen Initiativen vorgebracht worden ist in den letzten Jahren. Es gibt jede Menge Erinnerungsinitiativen zu kolonialem Unrecht, zur Migrationsgeschichte, bislang wurden sie nur nicht ausreichend wahrgenommen. Als ich hier Vertreterinnen und Vertreter der Black Community zu einem großen Runden Tisch im Kanzleramt eingeladen habe, war die Reaktion: Zum allerersten Mal redet man mit uns, zum ersten Mal interessiert man sich dafür, wie wir über koloniales Unrecht denken! Die Rückgabe der Benin-Bronzen ist ein allererster Schritt. Natürlich reicht das nicht aus. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass es einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus geben soll.

ZEIT: So wünschenswert Vielfalt ist, zeigt sich gerade in der Debatte um Gaza und Israel, dass Erinnerungskultur extrem konfliktreich sein kann. Wie groß ist die Gefahr, dass koloniales Erinnern in Konflikt gerät mit dem

Gedenken an die Schoah? **Roth:** Gerade da kann doch eine vertiefte Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Fragen der kolonialen Vergangenheit einiges zurechtrücken. Nicht erst seit dem 7. Oktober zeigt sich, dass manche Teile des Dekolonialisierungsdiskurses anfällig für Antisemitismus sind. Das kann doch aber nicht bedeuten, sich deshalb nicht mehr mit unserer kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Länder wie Hamburg oder Berlin zeigen gerade mit ihren Konzepten, wie das parteiübergreifend und mit der Zivilgesellschaft geht.

ZEIT: Aktivistinnen von linker, postkolonialer Seite behaupten, dass die Erinnerung an den Holocaust dem kolonialen Gedenken im Weg steht. Die Deutschen verstecken sich hinter der Schoah, um ihre Schuld als Kolonialmacht nicht anzuerkennen.

Roth: Das halte ich nun wirklich für Unsinn. Auch da könnte eine breit gestützte Beschäftigung mit unserer kolonialen Vergangenheit eher helfen, dem entgegenzutreten.

ZEIT: Sie sprechen viel davon, Debatten anstoßen zu wollen. Sind nicht Orte der Wissensvermittlung viel wichtiger?



Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat am 6. Juni die Leiterinnen und Leiter der Gedenkstätten zum Runden Tisch eingeladen

Foto: Steffen Jänicker/Agentur Focus

Das Gespräch führten Peter Neumann und Christian Staas

Bezirksgericht Dielsdorf
Einzelgericht s.V.



Erbenruf EN240047-D

Am 9. Dezember 2022 verstarb in Bachs ZH:
Wolfgang Scheuring, geb. 31. März 1933,
Staatsangehörigkeit: Deutschland,
wohnhafte gewesen in 8164 Bachs.

Sohn der Rosa Helene Scheuring und des
Otto Heinrich Scheuring

Aufgerufen, sich zum Erbgang zu melden, werden die
gesetzlichen Erben von Wolfgang Scheuring.

Die aufgerufene Person wird aufgefordert, sich binnen
Jahresfrist von der Veröffentlichung dieses Aufrufs
an bei der unterzeichneten Amtsstelle zu melden und
ihre Erbberechtigung mit Urkunden nachzuweisen.
Andernfalls fällt sie beim Erbgang außer Betracht.

Bezirksgericht Dielsdorf
Spitalstr. 7
CH-8157 Dielsdorf
Schweiz

Was bleibt?
Mein Erbe.
Für unsere
Natur.

Heinz
Sielmann
Stiftung



Liegt Ihnen auch die Vielfalt der Natur
besonders am Herzen?

Die Bienen helfen uns. Helfen Sie mit, bedrohte Tierarten
und Lebensräume unserer Heimat zu schützen und den
Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Geben Sie eigene
Werte weiter: mit einem Testament zu Gunsten der
gemeinnützigen Heinz Sielmann Stiftung.

Wir fördern Natur- und Umweltschutz sowie das Natur-
erleben – ganz besonders für Kinder. Ein kostenfreier
Ratgeber zum Thema Testament und Engagement liegt
für Sie bereit.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf unter 05527 914 419.

www.sielmann-stiftung.de/testament

www.infonetz-krebs.de

INFONETZ
KREBS

WISSEN SCHAFFT MUT

Ihre persönliche
Beratung **0800**
Mo bis Fr 8 – 17 Uhr **80708877**
kostenfrei



Deutsche Krebshilfe
HELFFEN. FORSCHEN. INFORMIEREN.

DKG
KREBSGESELLSCHAFT



Bau mit uns deinen

Kummerkutter

und lass deine Trauer Richtung
Horizont ziehen.

Der nächste Workshop findet am
29. Juni um 15h in der Apostelkirche
in Eimsbüttel statt.

Infos und Anmeldung unter
kontakt@stmoment.hamburg
040 537 980 201
stmoment.hamburg



st.moment ist ein Angebot der Ev.-Luth. Kirche Hamburg